

Die Parteien zum Friedensschluß.

Nach dem Reichstanzler, dessen Rede über den Friedensschluß mit Rußland wir im Hauptblatt wörtlich wiedergeben, nahm das Wort der Stellvertreter des Staatssekretärs v. Bühlmann im Auswärtigen Amt.

Unterstaatssekretär v. d. Busche:

Dem Vertrag mit der Ukraine folgen jetzt zwei weitere Verträge mit Rußland und Finnland. Die Reden Trojts in Vrest-Litowff waren nur zum Fenster hinaus gehalten. Wir waren über keine Wünsche auch von anderer Seite unterrichtet. So blieb uns keine andere Wahl als die militärischen Folgerungen zu ziehen und, als dann die erwünschte Folge eintrat, unsere Forderungen in einer Weise zu stellen, daß eine weitere Verschleppung nicht mehr möglich war. Die Behauptung der russischen Delegation, sie habe keine Zeit mehr zur Nachprüfung des Inhaltes des Vertrages gehabt, ist vollkommen hinfällig. Die Einzelheiten der Verhandlungen bewiesen, daß sie mit dem Inhalte der Verträge sehr genau bekannt waren. Herr Solosnitow, der erste russische Delegierte, lehnte das Anerkennen des Herrn v. Rosenberg, die wirtschaftspolitischen und rechtspolitischen Verträge in einer besonderen Kommission genau durchzuboraten ab. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Finnen dem ihnen von Rußland aufgezwungenen Kriege abhold gewesen sind. Aber Finnland war ein Teil des russischen Reiches. Unsere Verhandlungen mit den Finnen sind im Geiste der Versöhnlichkeit geführt worden und durchaus glatt verlaufen. Unsere Interessen sind auch in diesem Falle durchaus in vorteilhafter Weise gewahrt worden.

Hbg. Fehrenbach (Ztr.):

Den Ausführungen des Reichstanzlers über den russischen Vertrag schließe ich mich vollinhaltlich an. Es ist im jetzigen Stadium der Verhandlungen nicht erforderlich, auf die Einzelheiten einzugehen. Der Reichstanzler hat auch unsere Beziehungen zu den ehemals dem russischen Reich angehörigen und jetzt losgelassenen Völkern besprochen. Ich habe schon im Hauptauschuß Gelegenheit genommen, die Selbständigkeitsklärung Finnlands mit Sympathie zu begrüßen, und ich wiederhole diese Erklärungen hier noch einmal. Ich drücke unsere Freude darüber aus, daß in dem Friedensvertrage freundschaftliche Verhältnisse zwischen Finnland und uns festgelegt sind. Finnland hat schwere Kämpfe um seine Selbständigkeit bestehen müssen. Wir hoffen, daß es endlich zu einer ruhigen Entwicklung und geordneten Verhältnissen kommt. Finnland ist noch jetzt der Schaulatz blutiger Kämpfe, und die deutsche Militärdiktatur soll zur Befreiung des Landes dienen. Wir bedauern, daß diese Hilfeleistung dem finnischen Volk nicht von dem benachbarten, stammesverwandten Schweden geleistet worden ist. (Sehr richtig) Dadurch wären wir einer Aktion enthoben worden, die in Schweden nicht mit ganz ungetriebenen Augen angesehen wird. Nachdem das finnische Volk wiederholt dringend den deutschen Schutz angerufen hat, glaubten wir mit Recht verpflichtet zu sein, dem Hilferuf Folge zu leisten. Für das schwedische Volk liegt keine Veranlassung vor, irgendein Mißtrauen zu hegen. Die Errichtung einer Station auf den Alandsinseln dient nur Etappenzwecken. Für das Deutsche Reich handelt es sich nie und nimmer um eine Einwirkung auf die innerpolitischen Verhältnisse Finnlands. Wir nehmen zugunsten keiner der dortigen beiden Parteien, der bürgerlichen und der sozialistischen, die ungefähr gleich stark sind, Stellung. Wir wollen nur das unglückliche Land von bolschewistischen Räuberbanden, denen sich allerdings irreführende Landesbewohner angeschlossen haben, angingen, säubern. Sobald der Zweck erreicht ist, wird die deutsche Militärmacht zweifellos von Finnland wieder zurückgezogen werden.

Estland und Livland sind nach dem Friedensvertrag mit Rußland noch Bestandteile des russischen Reiches. Wenn sie sich aber auf Grund des von der russischen Revolution selbstproklamierten Rechtes von Großrußland lösen und zu selbständigen Staatswesen umbilden wollen, so wird das nur unsere lebhafteste Sympathie finden. Durchaus begrifflich ist der Wunsch des gesamten Baltikandes, sich zu einem einheitlichen Staatengebilde zusammenzuschließen. Etwas kriegerische Entwicklungen mit dem übrigen Großrußland müssen vorher sorgsam erwogen werden.

Kurland hat sich als monarchisch-konstitutionelles Staatswesen erklärt, eine feierliche Deputation hat dem Reichstanzler den Wunsch nach einer möglichst engen militärischen und wirtschaftlichen Verbindung mit dem Deutschen Reich ausgesprochen und zugleich dem Deutschen Kaiser die kurländische Herzogskrone angeboten. Das ganze deutsche Volk ist über diesen Beweis herzlicher Sympathie für die deutsche Art und des Vertrauens zu unserem Kaiser hoch erfreut. (Lebhafte Beifall.)

Wegen der schwerwiegenden Folgen dieses hochbedeutenden Aktes muß jedoch eine sorgfältige Prüfung erfolgen. Kurland ist ja nur zum geringsten Teil von Deutschen bewohnt. Sind den 90 v. H. der Bevölkerung, die sich aus Letten und anderen Stämmen zusammensetzen, auch ausreichend Gelegenheit gegeben, ihre Ansprüche geltend zu machen? Ich glaube, auch nach diesem Gesichtspunkt hin können wir beruhigt sein. Die im September vorigen Jahres gebildete Versammlung besteht aus 80 Mitgliedern, von denen etwa 30 bis 35 Letten sind. Dieses Landesparlament hat einen Landesrat von 20 Mitgliedern bestellt, wovon auch Letten Herren der lettischen Nationalität zugehören. Wir wünschen, daß die jetzige kurländische Entschädigung von einer auf breiter Basis gewählten Volksvertretung ratifiziert wird. Wir werden glücklich sein, auch dem lettischen Volke die hohen Güter der Freiheit und sozialen Wohlfahrt zu bringen.

Es ist bezeichnend, daß die Litauer auf die Anerkennung der Selbständigkeit noch warten müssen. Die Wünsche aus Litauen sind nicht so hergekommen wie die aus Kurland. Hier scheint eine militärische Vorzensur gewaltet zu haben. (Hört, hört!) Der Reichstanzler sollte mit den Herren von der militärischen Fakultät darüber mal ein ernstes Wort sprechen. (Sehr richtig!) Ich freue mich, daß eine litauische Deputation hier erwartet wird, ich hoffe, daß die Herren mit der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit werden heimreisen können. Die Litauer wünschen einen selbständigen Staat. Sie wollen keine Verbindung weder mit Polen noch mit Kurland. Die Beziehungen zwischen Kurland und Litauen sind zu groß. Die Litauer wünschen einen katholischen Herzog.

Die Polen müssen sich damit abfinden, daß Deutschland unverfehrt erhalten werden muß. Auf alle Annexionspläne muß natürlich verzichtet werden. Aber wirtschaftlich sollten wir entgegenkommen zeigen. Es ist kein Unglück, wenn die Cholmer Frage zur Zufriedenheit der Polen gelöst wird. Weite polnische Kreise wünschen ein Bündnis Polens mit Deutschland. Es ist eine Ehrenpflicht für Deutschland und ein Prüfstein für seine Ehelichkeit, daß die Völker ihr

Selbstbestimmungsrecht auch richtig durchführen können. Das entspricht auch unseren Interessen. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten werden von selbst den Ring enger schließen. Hoffentlich werden die Verträge rasch vom Reichstag erledigt. Gewalttätige Annexionen lehnen wir ab. Militärische Grenzberichtigungen sind ganz etwas anderes. Wenn wir mit dem ganzen Osten den Frieden geschlossen haben, können wir zuversichtlich den Kämpfen im Westen entgegensehen. (Beifall.)

Hbg. Dr. David (Soz.):

Wir stehen dem Friedensvertrag mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Auch wir freuen uns des Friedens im Osten, aber die Art, wie dieser Friede zustande gekommen ist, war kein Verständigungsfriede. Der russische Friede ist ein Gewaltfriede. Das unterlegene Rußland mußte auf Gnade und Ungnade kapitulieren. Freilich hat auch unsere Diplomatie in Vrest vor der Militärmacht kapituliert. Dem Jargonismus freilich weinen wir keine Träne nach. Aber mit dem russischen Volke wollen wir in Freundschaft leben. Dieser Gewaltfriede kann jedoch keine Freundschaft zur Folge haben. Der Reichstanzler hat es abgelehnt, sich mit dem Urteil des feindlichen Auslands zu beschäftigen. Wie aber urteilt das russische Volk? Maxim Gorki, doch auch ein linksstehender Sozialdemokrat, wirft den Bolschewiki wegen des Vrest Friedensvertrages an den Randböllern, Verrat am russischen Volk vor. Keine russische Regierung ist denkbar, die diesem Vertrag ehrlich, das heißt innerlich zustimmt.

Ein Volksvotum auf breiter Grundlage in den Randstaaten würde Rußland die freundschaftliche Haltung zu Deutschland später erleichtern. Die Militäroberverwaltung in Oderost ist eine politische Instanz. Die Funktionäre sind vielfach allddeutsch, die Spitze verschwindet hinter Wolken. Befiehlt die Reichsleitung demgegenüber die Macht, ihren Willen durchzusetzen? Nach allen Erfahrungen sind wir da skeptisch. Militärische Sicherungen durch Landerwerb gibt es nicht. Die beste Sicherung sind gute politische Verhältnisse, die Sicherung des polnischen Bestandes nach dem Westen ist die Voraussetzung einer verständigen Außenpolitik.

Der Wille des kurländischen Landestats ist nicht identisch mit dem Willen des Volkes. Die Balten hatten früher keinen ausgeprägten Selbstständigkeitsdrang, wie die Letten und Esten, sie standen im aristokratischen Rußland weit rechts und lieferten viele Erzkriegler. Die russischen Heere, die Ostpreußen verwüsteten, wurden von baltischen Baronen, wie Rennentamp und Sievers, geführt. Was in Finnland vorgeht, scheint mir eine Einmischung in innerpolitische Verhältnisse zu sein. Die Rotgardisten, die dort bekämpft werden, sind keine Russen, sondern die Behrmasch der finnischen Roten Regierung. Andere Darstellungen sind eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung. Daß dort Schandtatzen vorkommen, ist erklärlich, weil Bürgerkrieg herrscht. In Berlin ereignen sich ja unter geordneten Umständen täglich 300 Diebstähle, Einbrüche und Raubansfälle. Ueberall ist das Ergebnis unserer falschen Politik bei den östlichen Völkern eine Verwilderung der Massen. Das ganze Ostgebiet wird in einen schwelenden Herd der Unzufriedenheit verwandelt. Das deutsche Volk macht diese Gewaltpolitik nicht mit.

Hbg. Naumann (Up.):

Die Kritik an dem Frieden mit Rußland, mag sie berechtigt oder nicht berechtigt sein, vergißt nur zu leicht, was die Beendigung des Krieges im Osten für unser Volk bedeutet. Dieser riesenhafte Ansturm ist abgesehen, der Vertrag ist unterschrieben und der Krieg gehört der Historie an. Das ist eines der größten Aktiven, das wir für die Gegenwart luchen können. (Sehr richtig!) In diesem Augenblick bedenken wir unserer treuen Bundesgenossen in Oesterreich und Ungarn, die den ersten Ansturm der gewaltigen russischen Armee aufgefangen haben und wir gedenken auch dankbar der Hilfe der Türken. (Beifall.) Wir unterschätzen bei diesem Rückblick nicht, daß die Spernung der Dardanellen infolge des Eintritts der Türken in unseren Bund eine der Vorbedingungen war, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Wir danken nicht zuletzt der deutschen Armee und ihrer glorreichen Führung, der unendlichen Treue jedes einzelnen Soldaten, den man so gern nur als Objekt der Kriegführung betrachtet und der an seinem Teil ebensogut tragendes Subjekt der Weltgeschichte ist. (Sehr gut!) Die feindliche Macht im Osten, die urkonservative feindliche Macht des russischen Jargonismus ist in diesem Kampfe zusammengebrochen und es hat sich wieder einmal gezeigt, daß Mächte, die glaubten, am festesten zu stehen, den Stoß und die Verführung am wenigsten aushalten konnten. (Sehr gut links.)

Nach dem Niederbruch des Jargonismus hat Herr von Bethmann folgendes erklärt, daß uns jede russische Regierungsform statt des Jargonismus in gleicher Weise recht und lieb sein würde. Er und wir ahnten damals wohl nicht, bis zu welcher eigentümlicher Regierungsform sich die Russen entwickeln würden. Auch wir glauben, daß der Verlauf der Verhandlungen von Vrest-Litowff in manchen Punkten anders gewesen wäre, wenn unsere Diplomaten für die Gedankengänge des extremen Sozialismus etwas mehr Verständnis gehabt hätten, als sie nach der diplomatischen Schulung haben konnten. Wer deshalb darf man nicht so weit gehen, zu sagen, daß hier kein Verständigungsfriede, sondern ein Gewaltfriede vorliegt. Es war eben kein Friedensschluß zwischen zwei Völkern, sondern es war der Friede zwischen einem Völkerverband und einer prinzipiellen Idee. (Weiterkeit und sehr gut!) Bei diesen Verhandlungen hatte man viel häufiger den Eindruck, als ob es sich um einen Klub über Bestatungsfragen für kommende Generationen handelte. Zwischen diesen Gegenständen einen Vertrag zustande zu bringen, der auf einer Verständigung beruht, das war äußerst schwierig. Das darf Dr. David nicht verkennen.

Wenn wir auf Entschädigungen verzichtet haben, so nicht nur wegen der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli, sondern auch in Anerkennung der Tatsache, daß die Frage, was eigentlich Geld ist, in beiden Ländern ganz verschieden beurteilt wird.

Zwischen diesen beiden Ländern hat man nun vom Weißen Meer bis zum Schwarzen Meer ziemlich willkürlich eine Linie gezogen, eine Linie zwischen West und Ost, eine Linie zwischen Europa und Asien. Ob es eine der großen historischen Grenzen, die Jahrhunderte dauern, sein wird, das können wir heute noch nicht wissen. Jedenfalls ist es eine Grenze von Prinzipien und heute rein praktisch eine Revolutionsgrenze. Westlich von ihr liegen die Länder, die sich vom Bolschewikisier freihalten wollen.

Eine von den ganz großen Weltmächten, das russische Imperium, ist nun zusammengesetzt. Ob es jemals wiedererleben wird, das wissen die Götter. Aber das eine sehen wir jetzt, daß überall, wo ein Energiezentrum zusammengebrochen ist, eine Art Vacuum entsteht. Wie anders sieht der Balkan jetzt schon aus, wie anders zeigt sich die Dardanellenfrage, die Donaufrage, die Armenierfrage, Persien, Afghanistan u. s. f. Japan meldet seine Ansprüche schon an, England hat schon heute das Gefühl, daß

es diesem leeren Raum gegenüber Aufgaben zu erfüllen hat, und wir unsererseits sollten diesen weltgeschichtlichen Vorgang nicht mitempfinden? Das geht nicht. Aber das kann man nicht mit dem Worte „Annektion“ bezeichnen. (Sehr richtig!) Unter Annexionen versteht man im staatlichen Leben das, was man im privaten Leben als Raub bezeichnet, nämlich die Wegnahme einer Ware aus einem Besitztum in ein anderes. Man darf es nicht so hinstellen, als ob wir aus wilder Annexionslust allddeutscher Sorte über die Grenze nach Rußland hineingegangen sind, sondern wir haben an dem Platz der ausgeschalteten Energie im Westen genau so organisatorische Aufgaben zu erfüllen, wie sie im Osten die Japaner zu erfüllen sich verpflichtet fühlen. Objektiver Maß mag im Augenblick auf russischem Boden uns gegenüber bestehen. Ob er sich aber künftig speziell und allein gegen uns richten wird, das ist doch noch sehr die Frage, aber es ist sehr leicht möglich, daß er sich zuletzt nicht gegen den rechten wird, der der offene Feind war, als vielmehr gegen den ungetreuen Freund. (Sehr richtig!)

Hinweg mit den Gedanken an Annexionen! Es ist verwunderlich, daß die Parteien, die das Wort vom Nationalstaat fortgesetzt im Munde führen, jetzt am eifrigsten am Werke sind, um uns künstlich durch Beifügung an sich hochachtbarer, aber stammesfremder Elemente zu internationalisieren. (Sehr gut links!) Diesen uns stammesfremden Elementen wollen wir zu einer Staatsform verhelfen, die später nicht zu inneren Reibungen führt. Wir wünschen mit ihnen zu einer wirklichen Verständigung zu kommen. Freilich, zu bestimmen, was als eine Verständigung angesprochen werden kann, das ist sehr schwierig. Jedenfalls darf die Methode nicht so sein, daß zuletzt der Stärkere den Schwächeren fragt: Hast du nun verstanden? (Weiterkeit.)

Was Finnland anlangt, so ist Deutschland jetzt am Werke, die finnische Regierung zu stützen, mit der es Frieden geschlossen hat. Dieser Schutz darf aber nicht dem Schutz einer finnischen Partei gleichkommen, sonst liegt der Verdacht nahe, als ob wir auch über den Frieden hinaus Partei zu sein die Absicht haben. Die Uebereinstimmung der Roten Garde in Finnland mit der von uns anerkannten Regierung in der Ukraine und die Geistesverwandtschaft der finnischen Roten Garde mit den sozialistischen Parteien anderer Länder sollte uns doch bedenklich machen, auf Tod und Leben der einen Regierungsform gegen die andere zum Ziel zu verkehren. (Sehr richtig links.) Mögen die maßgebenden Stellen es sich noch einmal überlegen, ob nicht unter ihrer autoritativen Führung eine Verständigung der beiden annähernd gleich großen Parteien in Finnland nicht doch möglich ist. Noch bis vor ganz kurzer Zeit hat es in Finnland eine gemischte Regierung gegeben, an der Rote und Weiße pro patria beieinander gesessen haben. Da sollte eine Verständigung doch nicht zu den unmöglichen Dingen gehören.

Ähnlich liegen die Dinge in Estland und Livland. Wir wollen mit allen diesen Ländern im Bündnis leben, aber wir haben keinen Anlaß, bei ihnen Polizeigeschäfte zu verrichten. (Sehr richtig links.) Anders liegen die Dinge in Kurland, dort grüßen wir die deutschen Blutsverwandten. Nur hat man hier mit der Spitze angefangen, der Unterbau ist noch nicht vorhanden. Der muß aber geschaffen werden, denn das Wort „Selbstbestimmung“ hat keinen Zweck, wenn die Selbstbestimmung nur in einem einmaligen, vielleicht nicht unbefruchteten Wahnakt besteht.

Die Litauer sollen auf Grund einer litauischen Verfassung selbst entscheiden, welche Staatsform sie haben wollen. Litauen will nicht nur Aufmarschgelände für Festungen sein, es ist lebendiges Menschentum. Wir sollen nicht die Okkupation machen, sondern das Bündnis. Die Ueberleitung von der Okkupation zum Bündnis ist jetzt die große Aufgabe. Jetzt muß die militärische Verwaltung sich zurückziehen. Auch bei den Polen brauchen wir den Willen zur Ueberleitung. Die Polen auf deutschem Boden müssen ebenso treu zum Staate stehen wie die Deutschen in Oesterreich und in der Schweiz. Wenn keine Verständigung erfolgt, dann kann der größte General nicht darüber hinweghelfen, daß Polen eine offene Wunde ist. Ein schlechter Friede kann ein Elend ohne gleichen sein. Er kann eine Balkanisierung der ganzen Zwischenschicht bringen.

Der Reichstanzler hat die Selbständigkeit Belgiens als möglich erklärt. Er hat übers Wasser gerufen, er sei zu Vorbesprechungen bereit. Gekommen ist niemand. Nun soll das blutige Handwerk noch einmal angehen. Wir aber tun das Werk der Verteidigung. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 11 Uhr: Anfragen, Weiterberatung, Daimlerangelegenheit, Schluß 6 1/2 Uhr.

Das Stats-Notgesetz.

Zu Beginn der Sitzung beriet das Haus über das Gesetz betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts. Diese vorläufige Regelung ist notwendig, da keine Aussicht besteht, den Reichshaushaltsplan noch vor Ostern zu verabschieden. Durch das Gesetz wird der Bundesrat ermächtigt, die laufenden Ausgaben weiter zu leisten.

Hbg. Saase (U. Soz.): Wir haben kein Vertrauen zur Regierung, die den Gewaltfrieden mit Rußland beschloß und die Revolution in der Ukraine und in Finnland niedergewälzt hat. Wir lehnen das Gesetz daher ab.

Hbg. Scheidemann (Soz.): Bisher war es Brauch, solche Notgesetze ohne weiteres zu bewilligen. Es liegt kein Anlaß vor, von dieser Gewohnheit abzuweichen. Wir sehen in der Zustimmung zu diesem Gesetz keine Vertrauenskundgebung für die Regierung. Wir wünschen nicht, daß jeder Beamte am 1. April die Regierung verklagt, weil sie ihm das Gehalt nicht bezahlen kann, wenn dieses Gesetz nicht bewilligt wird. Wir sehen keine Veranlassung, bei dieser Gelegenheit eine politische Aussprache vom Zaune zu brechen.

Das Gesetz geht an den Hauptauschuß.